

Stadt Stadtallendorf

Fachausschuss für Grundsatzangelegenheiten,
zentrale Steuerung, Finanzen
- Die Vorsitzende -

35260 Stadtallendorf, 30.01.2013

Tel.: (0 64 28) 707-153
Fax.: (0 64 28) 707-400

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen

Sitzungstermin:	Dienstag, 29.01.2013
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	21:59 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

Anwesend sind:

Frau Ilona Schaub	
Herr Werner Hesse	
Herr Hans-Jürgen Back	Vertreter für Herrn Stv. Ryborsch
Herr Jürgen Berkei	
Herr Thomas Dziuba	
Herr Dieter Erber	
Herr Michael Feldpausch	
Herr Reinhard Kauk	
Herr Stephan Klenner	Vertreter für Frau Stv. März
Herr Winand Koch	
Frau Carla Mönninger-Botthof	Vertreterin für Herrn Stv. Becker
Herr Manfred Thierau	
Herr Bernd Waldheim	

Stadtverordnetenvorsteher:

Herr Hans-Georg Lang	ab 19:37 Uhr
----------------------	--------------

Stellv. STVVorsteher/in:

Herr Frank Hille
Herr Wolfgang Salzer

Vom Magistrat:

Herr Otmar Bonacker
Herr Christian Somogyi

Schriftführer:

Herr Klaus-Peter Riedl

Von der Verwaltung:

Herr Friedrich Greib

Entschuldigt fehlen:

Herr Markus Becker
Frau Maria März
Herr Klaus Ryborsch

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 **Beratung von eingegangenen Anträgen**
 - 2.1 Förderung von Familien bei der Vergabe von städtischen Bauplätzen und dem Erwerb von Immobilien zur Eigennutzung; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 04.12.2012 (eingegangen am 04.12.2012)
Vorlage: CDU/2012/0008
 - 2.2 Neue Entschädigungssatzung; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktionen CDU, SPD, B90/Die Grünen, FDP und REP vom 15.01.2013 (eingegangen am 15.01.2013)
Vorlage: CDU/2013/0001
 - 2.3 Änderungsanträge der CDU-Fraktion zum Haushaltsentwurf vom 21.01.2013 (eingegangen am 22.01.2013)
Beschlüsse
- 3 Haushaltssatzung 2013 und Investitionsprogramm 2012 bis 2016
(2. Lesung und Beschlussfassung)
Vorlage: FB1/2012/0093
- 4 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2013
(2. Lesung und Beschlussfassung)
Vorlage: FB5/2012/0018/1
- 5 Wirtschaftsplan 2013 - Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"
(2. Lesung und Beschlussfassung)
Vorlage: DuI/2012/0073
- 6 Abschluss eines Gestattungsvertrages im Zusammenhang mit der Bürgschaft der Stadt Stadtallendorf zugunsten der Nahwärmenetz Erksdorf eG
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 27.09.2012
Vorlage: FB1/2012/0097
- 7 Transaktionsprozess E.ON Mitte AG
Vorlage: FB1/2013/0002
- 8 Ehrung von Mandatsträgern;
Satzung über Ehrungen der Stadt Stadtallendorf vom 06.06.1997
Vorlage: FB1/2013/0001
Kenntnisnahmen
- 9 Niederschlagung von Forderungen (nicht öffentlicher TOP)
Vorlage: FB1/2012/0100
- 10 Mitteilungen
- 11 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende, Frau Stv. Schaub, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Fachausschusses sowie die als Zuhörer anwesenden Vertreter der Nahwärmenetz Erksdorf eG und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Einwände. Die Einladung ist form- und fristgerecht eingegangen.

Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen

Die Vorsitzende verweist auf drei vorliegende Anträge.

**Zu 2.1 Förderung von Familien bei der Vergabe von städtischen Bauplätzen und dem Erwerb von Immobilien zur Eigennutzung; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 04.12.2012 (eingegangen am 04.12.2012)
Vorlage: CDU/2012/0008**

Die Vorsitzende ruft den Antrag zur Beratung auf.

Herr Stv. Klenner begründet den Antrag, der darin ein wichtiges Instrument zur Familienförderung sieht.

Herr Stv. Hesse sieht dagegen den Antrag nicht als Instrument zur Förderung von Familien, da damit eine Mehrzahl der Familien mit Kindern nicht erreicht werde. Ein besseres Mittel zur Förderung von Familien mit Kindern wäre seiner Auffassung nach vielmehr eine soziale Gebührenstruktur für öffentliche Einrichtungen. Ein Instrument zur Wahl oder Steuerung des Wohnstandortes ist lt. Herrn Stv. Hesse nicht mit Geld, sondern mit einer guten Infra-/Versorgungsstruktur, z. B. mit Schulen oder Kindergartenplätzen, zu erreichen.

Zur Sache spricht auch Herr Stv. Hille, der in dem Antrag doch ein Mittel zur Wohnsitznahme sieht, weshalb die Satzung für die Zuschussgewährung wieder in Kraft gesetzt werden sollte.

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Koch erklärt Herr Riedl, dass die Satzung/Richtlinie eine Zuschussgewährung nur im Rahmen bereitgestellter Haushaltsmittel vorsieht, da seit dem Haushaltsjahr 2011 aber keine Haushaltsmittel mehr veranschlagt sind, konnte seitdem kein Zuschuss mehr gewährt werden. Formal ist die Richtlinie/Satzung aber noch in Kraft.

Herr Stv. Hesse sieht einen Zuschuss im Sinne des CDU-Antrages nicht als geeignetes Mittel, Einwohner neu zu gewinnen bzw. zu halten, da diese ihren Wohnsitz vielmehr nach privaten bzw. beruflichen Kriterien auswählen.

Herr Bürgermeister Somogyi weist darauf hin, dass der Antrag vom 04.12.12 nochmals in dem von der CDU-Fraktion gestellten 8-Punkte-Antrag vom 21.01.2013 enthalten ist. Zudem steht die Frage der Finanzierung solcher Zuschüsse im Raum und muss beantwortet werden. Aber auch Herr Bürgermeister Somogyi sieht einen solchen Zuschuss nicht als geeignetes Mittel an, Einwohner zu gewinnen bzw. zu halten.

Herr Bürgermeister Somogyi schlägt vor, zum Thema Einwohnerentwicklung grundsätzlich Informationen zum demografischen Wandel einzuholen und auszuwerten und danach gezielte bzw. gezieltere Vorschläge seitens des Magistrats zu unterbreiten. Ergebnis dieses Prozesses könnte sein, die Richtlinie/Satzung ggf. neu zu fassen.

Herr Stv. Salzer sieht die Frage der Versorgung mit günstigem Wohnraum generell als wichtiges Thema, wozu aber auch die Wohnraumversorgung, z. B. für Bundeswehrangehörige, gehört. Zur Finanzierung von Zuschüssen im Sinne des CDU-Antrages sieht er bei dem gegenwärtigen Haushaltsdefizit keinen Spielraum.

Herr Stv. Klenner sieht in dem CDU-Antrag keine allzu große Haushaltsbelastung, da die hierfür anfallenden Kosten moderat seien.

Herr Stv. Hesse weist darauf hin, dass solche Zuschüsse aus dem defizitären Finanzhaushalt zu finanzieren sind, wofür – weil eigene Finanzmittel fehlen – eine Fremdfinanzierung erforderlich würde.

Im weiteren Verlauf wird fraktionsübergreifend diskutiert, ob ein Zuschuss im Sinne des CDU-Antrages ein geeignetes Mittel zur Familien-/Einwohnerförderung ist oder nicht.

Eine Abstimmung über diesen von der CDU-Fraktion gestellten Antrag erfolgt im Fachausschuss I nicht. Diese soll vielmehr in der Stadtverordnetenversammlung am 31.01.2013 erfolgen.

**Zu 2.2 Neue Entschädigungssatzung; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktionen CDU, SPD, B90/Die Grünen, FDP und REP vom 15.01.2013 (eingegangen am 15.01.2013)
Vorlage: CDU/2013/0001**

Die Vorsitzende ruft den Antrag zur Beratung auf.

Herr Stv. Hesse weist darauf hin, dass in der Änderungssatzung im Artikel II § 3, dritter Spiegelstrich eine textliche Änderung notwendig sei. Zum einen müsse die Klammerbemerkung „(vom Bürgermeister beauftragt)“ entfallen, da eine solche Beauftragung durch den Bürgermeister nicht erfolgen kann. Des Weiteren müsse die Spiegelstrichaufzählung lauten: „Mitglieder der Ortsbeiräte und Stadtverordnete und Stadträte, die im Ortsteil wohnen.“

Zum anderen solle lt. Ergebnis der letzten Ältestenratssitzung die Satzung erst zum 01.05.2013 in Kraft treten. Insofern wäre Artikel IV zu ändern.

Einschließlich dieser Änderungen lässt die Vorsitzende über die vorliegende 1. Änderungssatzung über die Entschädigungssatzung der Stadt Stadtallendorf abstimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die beigefügte Neufassung der Entschädigungssatzung der Stadt Stadtallendorf tritt mit Wirkung zum 01.05.2013 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 12 dafür (CDU, SPD, FDP, B90/GRÜNE, REP)
 1 Enthaltung (SPD)

Zu 2.3 Änderungsanträge der CDU-Fraktion zum Haushaltsentwurf vom 21.01.2013 (eingegangen am 22.01.2013)

Die Vorsitzende ruft den Antrag zur Beratung auf.

Zu Punkt 1 des Änderungsantrages erklärt Herr Bürgermeister Somogyi, dass die Fraktionen mit einem auf den Redaktionsschluss für die Erstellung des Haushalts 2013 abgestimmten Termin aufgefordert waren, Wünsche zum Haushalt 2013 einzureichen. Der von der CDU-Fraktion gestellte Antrag erfolgte jedoch später.

Herr Bürgermeister Somogyi weist darauf hin, dass ein entsprechender Landeszuschuss für die Förderung von U3-Kindergartenplätzen im Ergebnishaushalt zu veranschlagen ist, wodurch das Haushaltsdefizit verringert werden könne. Der Antrag sieht in seinen weiteren Punkten aber gleichzeitig weitere Ausgaben im investiven Bereich vor, wodurch der Finanzhaushalt weiter belastet würde.

Die Rahmenvereinbarung, die das Land Hessen mit den Kommunalen Spitzenverbänden am 27.11.2012 geschlossen hat, bietet lt. Bürgermeister Somogyi zurzeit keine ausreichende Finanzierungsgrundlage, da ein entsprechender Bewilligungsbescheid für die Stadt noch nicht vorliegt.

Im Übrigen stellt Herr Bürgermeister Somogyi die Frage, wie man bei der Bearbeitung des Haushaltes mit der Nachbesserung von Informationen umgeht, die erst nach Redaktionsschluss zur Haushaltserstellung bekannt werden. Insoweit müssten ggf. nach heutigen Erkenntnissen noch weitere Planzahlen (z. B. Gewerbesteuer) zu ändern sein. Im Übrigen wäre lt. Bürgermeister Somogyi bei HGO-konformer Aufstellung des Produkthaushaltes ein noch früherer Planbeginn erforderlich, weil dann der Haushalt so frühzeitig zu beschließen wäre, dass er bis zum 30.11. eines Jahres der Kommunalaufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden kann. Um diese Frist einzuhalten, müsste noch frühzeitiger mit der Haushaltsplanung begonnen werden, was dann das Risiko beinhaltet, noch weniger gesicherte Zahlen im Haushalt zu veranschlagen. Um diesem Risiko aus dem Weg zu gehen, wird von der Stadt Stadtallendorf seit Jahrzehnten der Haushalt so weit erstellt, dass er der Stadtverordnetenversammlung im Dezember zur letzten Sitzung eines Jahres eingebracht und in der ersten Sitzung des neuen Jahres verabschiedet werde, wodurch mehr Planungssicherheit, was die Genauigkeit der Zahlen angehe, erreicht werde.

In diesem Zusammenhang verweist Herr Bürgermeister Somogyi auch auf Seite 6 seiner Haushaltsrede in der Stadtverordnetenversammlung vom 20.12.2012, wonach er bereits den Hinweis gab, dass nach Einschätzung der Verwaltung noch Gelder für die Kostenerstattung zur Betreuung von Kindern unter 3 Jahren erwartet werden, wofür das Land Hessen aber zunächst das Landeshaushaltsgesetz erlassen müsse.

Zur Zweckmäßigkeit der nachträglichen Berücksichtigung von Zuschüssen für die U 3-Betreuung in Höhe von rd. 227.000 €, die nach den vorliegenden Informationen aber auch nur eine erste Vorauszahlung für 2013 sein soll, wird im weiteren Verlauf fraktionsübergreifend diskutiert. Auch ohne eine von den Herren Stv. Koch und Hesse favorisierte Veranschlagung des voraussichtlichen Zuschusses ist die Verwaltung nicht gehindert, solche Zuschüsse an- bzw. einzunehmen.

Herr Stv. Hesse weist zudem auf die Beschränkung der Stadt zu Entscheidungen im Bereich von freiwilligen Leistungen bei einem defizitären Haushalt hin. Vor diesem Hintergrund ist es nicht hilfreich, zusätzliche Gelder aus dem Ergebnishaushalt zusätzlich im investiven Bereich oder in anderen nichtinvestiven Bereichen zu verausgaben. Im Übrigen führe lt. Herrn Stv. Hesse die nachträgliche Berücksichtigung eines solchen Haushaltsansatzes zu einem unverhältnismäßig hohen Aufwand, da der von der Verwaltung aufgestellte und vom Magistrat festgestellte Entwurf des Produkthaushaltsplanes entsprechend zu aktualisieren wäre.

Im Zusammenhang mit dieser evtl. entstehenden Mehrbelastung der Verwaltung zur Aktualisierung des Haushaltsplanes verweist Herr Bürgermeister Somogyi auf eine Verfügung des Landrates vom 18.01.2013 (eingegangen am 25.01.2013), wonach die Stadt vom Landrat als Kommunalaufsichtsbehörde aufgefordert wird, sich zur Vorlage der rückständigen Jahresabschlüsse 2007 ff. zu erklären. Insoweit sieht Herr Bürgermeister Somogyi keine Spielräume für zusätzliche Belastungen der Verwaltung.

Im Übrigen verweist Herr Bürgermeister Somogyi auf die Möglichkeit, Änderungen zum Haushaltsgeschehen über einen späteren Nachtragshaushalt zu regeln.

Zu Punkt 2 des Änderungsantrages der CDU-Fraktion verweist Herr Bürgermeister Somogyi auf das Ergebnis der Diskussion zu dem unter 2.1 behandelten Antrag vom 04.12.2012.

Zu Punkt 3 des Änderungsantrages, der eine Aufstockung der im Haushaltsplan veranschlagten Mittel um 50.000 € auf dann 150.000 € für die Sanierung historischer Ortskerne vorsieht, verweist Herr Bürgermeister Somogyi auf die Ortsbegehung des Magistrats vom 28.01.2013 und darauf, dass aus den Haushaltsmitteln 2012 noch rd. 4.000 € an Haushaltsresten zur Verfügung stehen, die neben dem neuen für 2013 veranschlagten Ansatz von 100.000 € ausreichend wären, um Maßnahmen im Rahmen der bestehenden Richtlinie bewilligen bzw. auszahlen zu können. Lt. Herrn Bürgermeister Somogyi steht neben der Frage zur Erhaltung der historischen Ortskerne aber auch die Frage eines generellen Leerstandsmanagements im Raum. Hier gilt es, dieses neu zu erfassen und zu bewerten. Wenn es über ein aktives Leerstandsmanagement gelingen würde, im Einzelfall bestehende Reglementierungen des Denkmalschutzes zu beseitigen bzw. zu vereinfachen, wäre den an einer Grundstücks-/Gebäudesanierung interessierten Eigentümern auch zu helfen sein. Hier stehen für die Begleitung eines aktiven Leerstandsmanagements im Haushalt der Stadt 30.000 € zur Verfügung.

Zu Punkt 4 des CDU-Antrages, der eine Erhöhung des Ansatzes für die Beschaffung von Büchern und Medien von 9.000 auf 15.000 € vorsieht, verweist Herr Bürgermeister Somogyi auf die bevorstehende Umbaumaßnahme im Gemeinschaftszentrum, die auch Auswirkungen auf die Räume der Bücherei haben wird. Insoweit wäre ein zusätzlicher Bücherbestand während der Umbauphase nur schwer handhabbar. Er verweist zudem auf die von der Büchereileitung geplante und z. T. schon umgesetzte Änderung im Bücherbestand und darauf, dass die Stadt bei der Bereitstellung von 0,50 € pro Einwohner zusätzliche Landeszuschüsse von rd. 12.000 € erwarten könne. Hierdurch wäre eine größere finanzielle Verbesserung erreicht, als sie durch den Antrag der CDU-Fraktion beabsichtigt ist.

Herr Stv. Hille sieht sich durch die Äußerungen von Herrn Bürgermeister Somogyi in der Absicht, eine Verbesserung der Büchereiausstattung zu erreichen, bestätigt.

Zu Punkt 5 des Änderungsantrages, der für eine Umgestaltung/Neuplanung des Aufbauplatzes Planungskosten von 5.000 € vorsieht, verweist die Vorsitzende darauf, dass – weil es sich um ein Anlagevermögen des Eigenbetriebes DuI

handelt – eine Änderung des Wirtschaftsplanes von DuI erforderlich werden würde. Ergänzend verweist Herr Bürgermeister Somogyi darauf, dass der städt. Haushalt Planungskosten für die Überplanung von Stadtmitte sowie des oberen Bereichs der Niederkleiner Straße berücksichtigt, so dass die von der CDU-Fraktion beantragten zusätzlichen Planungskosten entbehrlich wären.

Zu den Punkten 6 (Ansatz für den Bau eines Lkw-Parkplatzes im Gewerbegebiet Nord-Ost), Nr. 7 (Ansatz für den Bau eines Spielplatzes im Bereich der Altstadt) und Nr. 8 (Ansatz für Veranstaltungen/Programmkosten/Honorare) erklärt Herr Bürgermeister Somogyi, dass er einen hierzu von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Sperrvermerk akzeptieren kann. Auf Nachfrage erklärt Herr Bürgermeister Somogyi, dass ein von der Stadtverordnetenversammlung beschlossener Sperrvermerk auch nur von der Stadtverordnetenversammlung aufgehoben werden kann.

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Thierau zu Nr. 8 des Änderungsantrages der CDU-Fraktion, ob die Stadt Zuschüsse an die Werbegemeinschaft „Stadtallendorf aktiv“ zugesagt habe, wird von Herrn Bürgermeister Somogyi verneint. Mit der vorgesehenen Ansatzerhöhung soll vielmehr versucht werden, die Aktivitäten und die Zusammenarbeit mit der neu organisierten Werbegemeinschaft „Stadtallendorf aktiv“ neu zu beleben. Dazu wünscht sich Herrn Stv. Thierau, dass künftig die Abrechnung von Kosten mit der Werbegemeinschaft „Stadtallendorf aktiv“ aufgrund von Originalbelegen erfolgen solle.

Eine Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.01.2013 im Fachausschuss I erfolgte nicht. Diese soll in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.01.2013 erfolgen.

Zu Beschlüsse

Zu 3 Haushaltssatzung 2013 und Investitionsprogramm 2012 bis 2016 (2. Lesung und Beschlussfassung) Vorlage: FB1/2012/0093

Die Vorsitzende verweist auf die zum Produkthaushalt 2013 ausgeteilten Austauschseiten 9 und 68. Dazu wird von Herrn Riedl angekündigt, dass die Seite 68 wegen einem von Herrn Stv. Hesse festgestellten weiteren Schreibfehler bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.01.2013 nochmals neu ausgeteilt wird.

Die Vorsitzende ruft anschließend die einzelnen Abschnitte des Produkthaushaltes 2013 zur Beratung auf. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der vom Magistrat aufgestellte Entwurf

1. der Haushaltssatzung 2013
2. des Investitionsprogramms 2012 bis 2016 und
3. des Haushaltssicherungskonzeptes

wird beschlossen.

Beratungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

Die Beschlussfassung erfolgt in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.01.2013.

**Zu 4 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2013
(2. Lesung und Beschlussfassung)
Vorlage: FB5/2012/0018/1**

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf und schlägt vor, die Abstimmung hierzu – wie zuvor zu TOP 3 – ebenfalls zu verschieben.

Auf Hinweis von Herrn Stv. Hesse, dass dies doch in der heutigen Sitzung des Fachausschuss I erfolgen könne, lässt sie hierüber abstimmen.

Beschluss:

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, nachstehenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2013 in der vorliegenden Fassung.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig dafür

**Zu 5 Wirtschaftsplan 2013 - Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"
(2. Lesung und Beschlussfassung)
Vorlage: DuI/2012/0073**

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf.

Eine Nachfrage des Herrn Stv. Erber zu den Planungskosten für das Feuerwehrgerätehaus Hatzbach wird von Herrn Riedl beantwortet.

Beschluss:

Es wird um folgende Beschlussfassung gebeten:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes „Dienstleistungen und Immobilien“ für das Wirtschaftsjahr 2013 in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig dafür

**Zu 6 Abschluss eines Gestattungsvertrages im Zusammenhang mit der Bürgschaft
der Stadt Stadtallendorf zugunsten der Nahwärmenetz Erksdorf eG
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 27.09.2012
Vorlage: FB1/2012/0097**

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf.

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Erber zur schriftlichen Vereinbarung für noch zu regelnde Fragen wird von Herrn Stv. Hesse mit dem Interesse der Stadt beantwortet, das Netz für den Fall, dass die Stadt als Bürge herangezogen werde, auch erwerben zu können. Im Zweifel werde im Rahmen des laufenden Netzbetriebes – soweit erforderlich – mit der Stadt schriftlich festzuhalten sein, was aus Sicht der Genossenschaft für den Betrieb und den Erhalt des Netzes erforderlich ist bzw. wird.

Beschluss:

Dem Abschluss eines Gestattungsvertrages zwischen der Stadt Stadtallendorf und der Nahwärmenetz Erksdorf eG gem. beigefügtem Vertragsentwurf wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**Zu 7 Transaktionsprozess E.ON Mitte AG
Vorlage: FB1/2013/0002**

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf.

Herr Greib erläutert die Vorlage. Um den bevorstehenden Transaktionsprozess begleiten zu können, ist eine entsprechende Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung erforderlich.

Die Frage des Herrn Stv. Dziuba zu den Gründen der von der E.ON beabsichtigten Trennung wird von Herrn Greib mit dem Hinweis auf wirtschaftliche Gründe beantwortet.

Herr Bürgermeister Somogyi verweist darauf, dass der Landkreis plant, im Rahmen des bevorstehenden Prozesses Anteile an der E.ON Mitte AG zu erwerben. Soweit dies als Ergebnis des Begleitprozesses auch für die Stadt Stadtallendorf zutreffend wäre, würde von der Verwaltung ein entsprechender Vorschlag an die städt. Gremien erfolgen.

Weitere Erläuterungen zur geplanten Rekommunalisierung der E.ON Mitte AG gibt Herr Stv. Hesse, der aufgrund historisch gewachsener Vertragsstrukturen darauf hinweist, dass die Kommunen ein Vorkaufsrecht haben. Ob dieses wahrgenommen werden sollte, ist später noch zu prüfen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf bekundet ihr grundsätzliches Interesse, an der Rekommunalisierung der E.ON Mitte AG teilzunehmen und ggf. - soweit finanziell vertretbar - Anteile zu erwerben.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt daher den Magistrat, den Transaktionsprozess der E.ON Mitte AG zu beobachten und zu begleiten.

Der Stadtverordnetenversammlung ist regelmäßig zu berichten und am Ende des Prozesses ein Entscheidungsvorschlag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**Zu 8 Ehrung von Mandatsträgern;
Satzung über Ehrungen der Stadt Stadtlendorf vom 06.06.1997
Vorlage: FB1/2013/0001**

Die Vorsitzende ruft die Vorlage zur Beratung auf. Hierzu verlässt Herr Stv. Hesse den Sitzungssaal (§ 25 HGO).

Die Nachfrage des Herrn Stv. Dziuba, ob die in der Vorlage enthaltenen Daten von der Verwaltung geprüft wurden, wird von Herrn Bürgermeister Somogyi bejaht.

Beschluss:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

Herrn Stadtverordneten Werner Hesse wird aufgrund seiner ehrenamtlichen Tätigkeit gem. § 3 der Satzung über Ehrungen die „**Ehrennadel**“ verliehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Nach der Abstimmung nimmt Herr Stv. Hesse am weiteren Sitzungsverlauf teil und erhält von der Vorsitzenden das Abstimmungsergebnis mitgeteilt.

Zu Kenntnisnahmen

**Zu 9 Niederschlagung von Forderungen (nicht öffentlicher TOP)
Vorlage: FB1/2012/0100**

Zu diesem Tagesordnungspunkt schließt die Vorsitzende die Öffentlichkeit aus. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit erläutert Herr Greib die Vorlage. Interessierte Ausschussmitglieder nehmen Einblick in die von ihm bereitgehaltene Einzelaufstellung der niederzuschlagenden Forderungen.

Kenntnisnahme:

Der Magistrat beschließt, dass die in der Anlage einzeln aufgeführten Forderungen (Haupt- und Nebenforderungen) im Gesamtumfang von 6.369,90 € wegen Uneinbringlichkeit niedergeschlagen werden.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Herr Stadtverordnetenvorsteher Lang gibt den Hinweis, dass die Liste der niederzuschlagenden Forderungen auch in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.01.2013 eingesehen werden kann.

Zu 10 Mitteilungen

Es erfolgen keine Mitteilungen.

Zu 11 Verschiedenes

Frau Stv. Mönninger-Botthof weist darauf hin, dass sie auf der im Internet veröffentlichten Tagesordnung nicht die Möglichkeit hatte, die Unterlagen zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß herunter zu laden. Im Internet ist zur heutigen Sitzung die Tagesordnung nur teilweise veröffentlicht worden.

Herr Greib sagte eine Prüfung dieser Angelegenheit zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Lt. dem Büro Stadtverordnetenvorsteher war durch einen Eingabefehler die Tagesordnung zur heutigen Sitzung des FA I auf der Homepage der Stadt Stadtallendorf nicht vollständig aufgeführt, jedoch steht die Einladung sowie die Bekanntmachung als pdf-Datei vollständig zum Herunterladen zur Verfügung.

Ilona Schaub
Vorsitzende

Klaus-Peter Riedl
Schriftführer